

27/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Wir sind Spitze!

Können Sie sich vorstellen, was jetzt hier im Bundestag passieren würde, wenn Helmut Schmidt noch Bundeskanzler wäre und lapidar sagen könnte: „Nach sieben Aufschwungjahren haben wir inzwischen einen Stand der Konjunktur erreicht, der demjenigen aus dem sprichwörtlichen Bilderbuch entspricht“?

Mit dieser Frage nahm der Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages der Opposition auch das letzte bißchen Wind aus den Segeln, mit dem sie ihre Kritik an der Politik der Bundesregierung aufzublasen versuchte. Ein ganz unverdächtigter Zeuge, Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, hat darauf hingewiesen, daß er eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 4 Prozent für möglich halte.

Helmut Kohl: „Wenn man das im internationalen Vergleich betrachtet, dann kann man in der Sprache unserer Jugend nur sagen: Wir sind Spitze. — Wir  
(Fortsetzung nächste Seite)

## Helmut Kohl: Erinnerung – Trauer – Mahnung – Verantwortung

Den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 1. September 1989 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

### HEUTE AKTUELL

- **Haushaltsdebatte**  
Wandel durch freie Wahlen.  
Zitate aus der Rede von Volker Rühle. Seite 2
- **Konjunktur**  
Arbeitslosenquote weiter gesunken. Seite 4
- **Bundeswehr**  
Arbeitsprogramm „CDU an der Seite der Bundeswehr“. Seite 5
- **Übersiedler**  
Wir müssen jetzt die Stärke der Freiheit unter Beweis stellen.  
Seite 11
- **Umwelt**  
Attraktive Steuervergünstigung für umweltbewußte Autofahrer.  
Seite 15
- **Bundshaushalt**  
Das System der sozialen Sicherung wird weiter ausgebaut.  
Seite 18
- **Jubiläum**  
Bürgertag mit Bürgerfest am 23. September 1989 in Bonn.  
Seite 20
- **Wahlkampfauftakt**  
Kommunalkongreß der KPV in Köln: Für eine bürgernahe Politik vor Ort. Seite 22

(Fortsetzung von voriger Seite)

sind Spitze, meine Damen und Herren. Es gibt gar keine andere Bezeichnung dafür.“

„Die allermeisten Bürger unseres Landes haben natürlich teil an dieser Verbesserung der Lage. Das hat greifbare Konsequenzen für die Entwicklung der Einkommen, und zwar in allen Einkommensgruppen. Die Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen haben zwischen 1983 und 1988 mit einem Plus von 13,2 Prozent deutlich besser abgeschnitten als die Bezieher höherer Einkommen.“ Was die SPD als Sozialneid ständig unter die Leute bringe, habe deshalb keinen realen Hintergrund. Helmut Kohl: „Das ist einfach nicht wahr.“

Die Vorteile, die die gute Konjunktur mit sich bringt, bleiben nicht nur auf diejenigen beschränkt, die aktiv im Arbeitsleben stehen. Rentner und Sozialhilfebezieher profitieren davon, und zwar mit Steigerungsraten von 6,6 Prozent (Renten im Zeitraum 1983 bis 1988) und über 12 Prozent (Sozialhilfe während der letzten fünf Jahre). Beide Gruppen hatten im Fünfjahreszeitraum bis 1983 reale Einkommensverluste von 3,2 bzw. 5,3 Prozent.

Aber auch am Arbeitsmarkt ist die Konjunktur nicht vorbeigegangen. Trotz der immer noch hohen Zahl der Arbeitslosen sind seit 1983 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden, und mit 27,7 Millionen Arbeitsplätzen ist der bisher höchste Beschäftigungsstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht.

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Ich denke gar nicht daran, zu sagen: Das alles ist das Werk dieser Regierung. — Da haben viele mitgewirkt: alle, die arbeiten, die Arbeitnehmerschaft genauso wie die Leute im Unternehmerbereich und die Gewerkschaften.“ ■

## Wandel durch freie Wahlen

*Was wir heute tatsächlich in Mittel- und Osteuropa erleben, ist ein Neubeginn durch Freiheit und Selbstbestimmung, ist Wandel durch Beispiel und Anziehungskraft von Freiheit und Demokratie. Die Entwicklung, die tatsächlich stattfindet — das ist das, was wir immer gefordert haben —, kann man ganz einfach zusammenfassen: Wandel durch freie Wahlen, siehe Polen und Ungarn.*

*In einer Zeit von revolutionären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erhält die Deutschlandpolitik eine neue Dimension.*

### Zitate aus der Rede von Volker Rühle in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages

*Wenn es richtig war, daß es keinen deutschen Sonderweg zu Freiheit und Selbstbestimmung gibt, dann ist es heute auch richtig, daß die Freiheitsfrage, die von Polen und Ungarn aufgegriffen wurde, zu Freiheit und Selbstbestimmung auch für alle Deutschen führen wird. Es geht um die Zukunft Deutschlands, denn die notwendige Demokratisierung in der DDR ist ein Schritt in Richtung auf das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen.*

★

*Der Kommunismus ist tot. Die Demokratie ist überall auf dem Vormarsch. Westliche Gipfelkonferenzen, die sich in der Vergangenheit in erster Linie mit der sowjetischen Bedrohung beschäftigen mußten, müssen sich heute mit den Chancen, aber auch mit den Gefahren des Niedergangs des Kom-*

munismus auseinandersetzen. Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft haben Karl Marx und seine falschen Konzepte widerlegt und besiegt. Alles, was im sowjetischen militärischen Denken neu ist — Glasnost, die Offenheit, Perestroika, der Umbau zu politischem Pluralismus und mehr Markt in der Wirtschaft —, sind Teilanleihen aus unserem politischen Denken.

☆

Führende Sozialdemokraten erklären auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle aus der DDR, diese Menschen kämen, weil sie von uns „heim ins Reich“ gerufen worden seien. Auf einem Wohltätigkeitsfest der SPD in der Mitte des Sommers in Kiel-Süd wird Erich Honeckers Strohhut meistbietend an Fans versteigert. Beides ist geschmacklos und schlimm angesichts des Leids vieler Flüchtlinge, Herr Vogel. Sie sagen „Mein Gott!“ Nicht ich habe diese Versteigerung durchgeführt, sondern es waren Ihre Kollegen in Kiel-Süd, Herr Vogel. „Mein Gott!“ hätten Sie vielleicht früher sagen sollen.

☆

Sozialdemokraten haben in diesen Wochen davon gesprochen, daß der Strom von Flüchtlingen die Entspannung störe. Welch schlimmes Wort und welche Verdrehung der Tatsachen! Nicht die DDR-Flüchtlinge stören die Entspannung, sondern diejenigen, die sie in der Unmündigkeit halten und ihnen die Menschenrechte verweigern.

☆

Als Willy Brandt im Dezember 1985 nach Polen ging, schlug er eine Einladung von Lech Walesa aus und erklärte auf entsprechende Kritik, als Deutscher könne man nicht an etwas mitwirken, „was zur Destabilisierung Polens beiträgt“.

Die Solidarnosc erklärte daraufhin in einem offenen Brief, damit habe Brandt „sein Unvermögen bewiesen, zu erkennen,

wer die wirklichen Vertreter der polnischen Bevölkerung sind“.

☆

Was nun Heiner Geißler angeht, Herr Vogel: Sie und Ihre Freunde haben ihn jahrelang diffamiert bis hin zu dem bösen Wort, er sei der schlimmste Hetzer seit Goebbels.

Wenn Sie und diese Leute, die ihn so übel angegriffen haben, jetzt aus taktischen Gründen Sympathie entdecken, dann kann ich nur sagen: Das ist ein vergiftetes Lob, das der CDU schaden, aber nicht Heiner Geißler nützen soll.

Im übrigen, Sie sind ein Spätmerker. Sie haben die Fähigkeiten Heiner Geißlers etwas spät entdeckt. Wir haben sie schon sehr viel früher entdeckt.

Sie haben von dem großen sozialen Engagement Heiner Geißlers gesprochen. Das ist richtig. Deswegen wird er Ihnen auch in Zukunft noch viele Wählerstimmen abnehmen.

☆

Die SPD überlegt, ob es nicht nützlich wäre, das Anwachsen von ultrarechten Parteien in Kauf zu nehmen oder gar zu fördern, um sich parteipolitische Vorteile zu schaffen. Wer eine solche Strategie auch nur überlegt und diskutiert — sie ist in Ihren Führungsgremien diskutiert worden —, der zerstört seine Glaubwürdigkeit.

Der Skandal liegt doch darin, daß dieses Papier nicht gleich zerrissen worden ist, sondern in Ihren Führungsgremien diskutiert und beraten worden ist, und daß die Verfasser noch befördert worden sind, z. B. zu Herrn Lafontaine.

☆

Liebe Frau Fuchs, Sie haben im Hinblick auf die Debatte über die Vorschläge der SPD für Ökosteuern gesagt: Sozialismus ist eben anstrengend. Aber, liebe Frau Fuchs, Sozialismus ist doch nicht anstrengend, sondern er ist falsch und schädlich. Verschonen Sie uns deshalb damit. ■

## Wir leben besser, sicherer und sorgloser denn je

*Helmut Kohl ist neben Konrad Adenauer, vielleicht aber sogar vor ihm, der erfolgreichste Kanzler der Bundesrepublik. Einen siebenjährigen Wirtschaftsaufschwung, dessen Ende sich immer noch nicht abzeichnet, hat es noch nicht gegeben. Das Jahr 1989 könnte, real und in absoluten Zahlen gemessen, das wirtschaftlich erfolgreichste seit Gründung der Republik werden. Die Beschäftigung ist um gut anderthalb Millionen gestiegen. Unter Kohl wurde die Geldwertstabilität wiedergewonnen, der Bundeshaushalt geordnet, der Staatsanteil am Sozialprodukt — nach unmäßigem Wachstum in der Dekade davor — zurückgeführt, die Steuerlast gesenkt. Die Arbeitszeit ist gesunken, und selbst die mittlere Lebenserwartung der Deutschen ist um ein Jahr gestiegen. Im Äußeren scheint die Kriegsfahrt geringer als je seit dem Zweiten Weltkrieg, und die europäische Einigung macht, nach fünfzehn Jahren der Stagnation, wieder kräftige Fortschritte. Ein rundes Bild: Wir leben besser, sicherer, länger, sorgloser denn je.*

**aus: Wirtschaftswoche**

## Arbeitslosenquote weiter gesunken

**Die von dem kräftigen Wirtschaftswachstum geförderte günstige Entwicklung in allen Bereichen des Arbeitsmarktes hält ungebrochen an.**

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahresvergleich trotz des starken Zustroms von Aussiedlern und Übersiedlern erneut um 227.000 auf 1.940.200 zurückgegangen und bleibt damit weiterhin auf dem niedrigsten Stand seit 1982. Die Arbeitslosenquote, auf die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt bezogen, ist gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Punkte auf 6,8 Prozent gesunken; an der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen gemessen hat sie sich von 8,4 auf 7,5 Prozent verringert.

Besonders erfreulich ist der stetige und spürbare Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die inzwischen auf das Niveau von 1980 zurückgegangen ist. Die Zahl der Kurzarbeiter hat im August wegen neu angesetzter Feierschichten im Steinkohlenbergbau zwar zugenommen, gesamtwirtschaftlich ist die Kurzarbeit derzeit allerdings kaum noch von Bedeutung.

Beschäftigung und Kräftenachfrage tendieren vor dem Hintergrund der hohen Kapazitätsauslastung der Wirtschaft weiter kräftig nach oben.

■ **Wachstum wie lange nicht mehr**

■ **Aktien stiegen auf Rekord-Höhe**

■ **Super-Gewinne für Unternehmer**

# Das neue Wirtschafts-Wunder

Schlagzeile aus dem Kölner „Express“ vom Mittwoch. Im Vorspann zu dem Artikel heißt es: Die deutsche Wirtschaft boomt — und das bei relativ stabilen Preisen. Davon können viele Industrieländer nur träumen.

# CDU an der Seite der Bundeswehr

Als Ausdruck ihrer Solidarität mit den Soldaten der Bundeswehr führt die CDU ihr Arbeitsprogramm „CDU an der Seite der Bundeswehr“ durch. Der Bezirk Mittelrhein hat jetzt gemeinsam mit dem Beauftragten der CDU für die Bundeswehr, Paul Breuer MdB, eine Konferenz zu aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik und der Bundeswehr veranstaltet, an der auch der Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg teilgenommen hat.

Karl Lamers, Bezirksvorsitzender der CDU Mittelrhein und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, unterstrich die Entschlossenheit der CDU, sich verstärkt den Sorgen, Nöten und Problemen der Bundeswehrsoldaten und deren Familien zu widmen.

## Paul Breuer: Diskussion um die Bundeswehr engagiert führen

Bewaffnete Streitkräfte stellen einen besonderen Machtfaktor in jedem Gemeinwesen dar. Und für die Soldaten ist es vollkommen klar, daß ein solcher Machtfaktor einer besonderen demokratischen und parlamentarischen Kontrolle bedarf.

Die Bundeswehr gehört mit Sicherheit zu den Streitkräften, die am besten demokratisch legitimiert und kontrolliert sind. Es zeichnet die Bundeswehr aus, daß sie diese demokratische Kontrolle niemals in Frage gestellt hat.

Wie aber erklärt sich dann das Mißtrauen bis hinein in staatstragende Parteien gegenüber diesen Streitkräften, das sich niederschlägt in Diskussionen nicht nur über die Frage feierlicher öffentlicher Gelöbnisse? Erklärt es sich vielleicht daraus, daß die Diskussion um die Bundeswehr über Jahrzehnte hinaus wenig oder vielleicht gar nicht geführt worden ist und daß wir zu konfliktscheu gewesen sind, um in der öffentlichen Meinung überhaupt Einstellungen erzeugen zu können? Ich meine ja. Daß manche Diskussionen, die gerade in den letzten zwei

Jahren entstanden sind, in der öffentlichen Meinung so durchgeschlagen haben, liegt auch daran, daß über eineinhalb Jahrzehnte hinweg über Bundeswehr, über Streitkräfte, über Sicherheitspolitik, über ethisch-moralische Begründung der Sicherheitspolitik viel zu wenig öffentlich diskutiert worden ist. Ja, es ist geradezu ein Merkmal der Diskussion über den NATO-Doppelbeschluß, daß die Frage der deutschen Streitkräfte so gut wie keine Rolle gespielt hat.

## Keine „Akzeptanzkrise“ der Bundeswehr

Wer heute meint, daß es der Bundeswehr gut täte, keine kontroverse Diskussion um sie zu führen, der irrt. Nur mit kontroverser Diskussion werden wir es schaffen, die ethisch-moralische Begründung der Streitkräfte, den Wert der Bundeswehr für diese Demokratie, für die Erhaltung von Frieden und Freiheit im NATO-Bündnis in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Und diejenigen, die meinen, man müsse dieser Diskussion ausweichen, um der Bundeswehr Gutes zu tun, unterliegen einem Irrtum. Das bedeutet nicht, daß wir nun jeden Konflikt vom Zaun brechen müßten, der möglich ist, aber es heißt, daß Konflikte, die ausgetragen werden müssen, auch durchgestanden werden.

Eine Akzeptanzkrise der Bundeswehr gibt es nicht. Aus Umfragen geht hervor, daß 70 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland die Bundeswehr für notwendig halten. Viele glauben, daß in der jungen Generation ein übergroßer Anteil gegen die Bundeswehr eingestellt wäre. Schaut man sich die Umfrageergebnisse an, wird man feststellen: Das ist nicht der Fall. Bei den 15- bis 24-jährigen sprechen sich zwischen 12 und 14 Prozent für eine Abschaffung oder für

Nichtnotwendigkeit der Bundeswehr aus. Das sind aktuelle Umfrageergebnisse. Das heißt, daß eine doch respektable Mehrheit unserer Bevölkerung für die Notwendigkeit der Bundeswehr und auch für die Notwendigkeit der Einbindung in die NATO ist.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß viele in unserem Lande die Veränderungen in der Bedrohung, die Veränderungen im Verhältnis von Ost und West und die Reaktionen in der Sicherheitspolitik noch nicht recht verstanden haben. Es gibt keine Akzeptanzkrise der Bundeswehr, sondern es gibt eine Vermittlungs- und Informationskrise der Sicherheitspolitik. Diese allerdings wird auf dem Rücken der Bundeswehr ausgetragen, und dem muß begegnet werden.

Daß die CDU ihr Programm „CDU an der Seite der Bundeswehr“ verfaßt hat, ist ein Schritt auf dem Weg, dies der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Das Informationsdefizit nicht nur über Sicherheitspolitik, sondern auch über die Bundeswehr, über den Alltag in der Truppe ist erschreckend groß.

## Einsicht in die Sicherheitspolitik stärken

Wir werden keinen Schritt vorwärtskommen zur Behebung dieser Defizite, wenn wir nicht konfliktbereit sind. Wir werden diese Diskussion nicht erfolgreich bestehen können, wenn wir nicht dazu bereit sind, öffentlichen Streit aufzunehmen. Ich kann meiner Partei nur empfehlen, diesen Streit engagiert aufzunehmen. Deswegen sind wir dabei, ein Informationsnetz von politisch Engagierten in der CDU aufzubauen. Dieses Netz ist Bestandteil des Programms „CDU an der Seite der Bundeswehr“.

Wir wollen mit dazu beitragen, daß nicht nur Einsichten über Zusammenhänge der

Sicherheitspolitik öffentlich diskutiert werden, sondern darüber hinaus Informationen über die Bundeswehr stärker in die Öffentlichkeit gelangen. Wir wollen eben das Gegenteil von dem tun, was andere vorhaben, wir wollen die Bundeswehr nicht hinter Kasernenmauern verstecken, sondern wir wollen sie zu dem machen, was sie eigentlich sein soll: zum integrierten Bestandteil dieser Gesellschaft.

Wer die Bundeswehr, und da komme ich zurück auf die Frage der öffentlichen Gelöbnisse, nicht auch im militärischen Zeremoniell in der Öffentlichkeit zeigen will, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er sie hinter den Kasernenzäunen verstecken will. Die Folge davon ist, daß die geistige Abnabelung von der freien Gesellschaft für Soldaten der Bundeswehr droht. Der junge Soldat, der junge Unteroffizier, der heute feststellt, daß er sich für seinen Auftrag öffentlich rechtfertigen muß, der gleichzeitig feststellt, daß er in seiner Bezahlung zumindest nicht besser gestellt ist als ein Kollege im öffentlichen Dienst, der feststellen muß, daß er, wenn er versetzt wird, mit seiner Familie möglicherweise keine angemessene Wohnung erhält, dieser junge Unteroffizier fragt sich, ob sein

Dienst für diese Gesellschaft eigentlich akzeptiert wird.

Und wenn er an der Gerechtigkeit in diesem Lande zweifelt, dann können wir, die in politischer Verantwortung stehen, nicht zur Tagesordnung übergehen. Dies muß Grundlage einer Diskussion sein, die nicht nur auf bundespolitischer Ebene stattzufinden hat, sondern die ihren Niederschlag auch im kommunalen Bereich und im Länderbereich finden muß.

Ich habe während meiner Truppenbesuche in den vergangenen Monaten festgestellt, daß es zum Beispiel in einer Universitätsstadt mitten in der Bundesrepublik Deutschland, in Marburg, für die Grünen ein Merkmal der Militarisation des Gesundheitswesens darstellt, wenn Sanitätssoldaten an der Universitätsklinik ein Praktikum ableisten, obwohl gleichzeitig in dieser Universitätsklinik vom Pflegenotstand gesprochen wird. Wenn es dann niemanden gibt, der sich dieser Diskussion stellt, müssen die Menschen den Eindruck haben, daß die Grünen möglicherweise recht haben. Deswegen müssen wir bereit sein zum Konflikt, und das ist es, was ich in dieser Partei stärker erreichen möchte.

## **Ein Dienst zum Wohle unseres Landes**

*Liebe Soldaten, Sie erfüllen mit dem Wehrdienst als Bürger Ihre Pflicht, Krieg abzuwenden und eine Politik des Friedens ohne Abhängigkeiten von außen zu fördern. Dafür danke ich Ihnen ganz ausdrücklich auch im Namen des Deutschen Bundestages.*

*Wir wollen diese Bundeswehr und wir wollen, daß es eine Armee der „Bürger in Uniform“ ist. In dieser Wehrpflichtarmee kommen junge Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen und beruflichen Feldern zusammen. Sie ist deshalb zugleich ein Spiegel unserer Gesellschaft. Dies hat den Vorteil, daß sich die Bundeswehr nicht vom staatlichen und gesellschaftlichen Leben losgelöst hat, sondern mitten in ihm steht.*

*Ich wünsche Ihnen für Ihre Zeit bei der Bundeswehr, daß es eine Zeit wichtiger menschlicher Erfahrung für Sie wird, daß Sie den Dienst mit Gewinn für sich und zum Wohle unseres Landes tun.*

**Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, anläßlich des öffentlichen feierlichen Gelöbnisses am 25. August 1989 in Koblenz**

# Gerhard Stoltenberg: Wir werden Frieden und Freiheit behaupten

**In den Streitkräften findet der politische Wille seinen Ausdruck, unser Selbstbestimmungsrecht, unsere freiheitlichen Grund- und Menschenrechte gegen Druck von außen, gegen Erpressung, Androhung und Anwendung von Gewalt zu wahren. An der Lage unserer Streitkräfte ist abzulesen, wie ernst wir es mit unserer freiheitlichen Grundordnung meinen, die für uns unverzichtbar ist.**

Sie ist ein Gradmesser für unsere Zuverlässigkeit als Bündnispartner, aber auch für Zuverlässigkeit im Sinne von Berechenbarkeit für die Warschauer-Pakt-Staaten. An unserer Entschlossenheit, Frieden und Freiheit zu behaupten, für Achtung und Schutz unserer Menschenwürde zu sorgen, darf kein Zweifel aufkommen. Sie ist Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung und freiheitliche Gestaltung unseres Landes.

Die Bundeswehr hat zwar heute einen personellen und materiellen Höchststand erreicht, und ihre Leistungen können sich im internationalen Vergleich sehen lassen. Es gilt jedoch der Frage nachzugehen, wie sich die Lage der Bundeswehr in einer risikobehafteten Zukunft entwickelt. Dazu ist es notwendig, auf einige sicherheitspolitische Zusammenhänge einzugehen.

Überall dort, wo der Kommunismus an der Macht ist, ist das System in eine dramatische Krise geraten, weil nicht einmal die Grundbedürfnisse der Menschen gedeckt werden können. Der Marxismus-Leninismus hat sich weltweit als eine Ideologie erwiesen, die außerstande ist, die Aufgaben des ausgehenden 20. Jahr-

hunderts zu lösen. Gleichzeitig erhalten die Prinzipien der Menschenrechte, der politischen Freiheiten und der Sozialen Marktwirtschaft im Osten immer größere Zustimmung.

Die politischen Veränderungen in der Sowjetunion und die Fortschritte in einigen Ländern Osteuropas sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Wir werden mit einer behutsamen, aber konstruktiven und kooperativen Politik gegenüber dem Osten zu dieser weiteren Entwicklung beitragen und sie fördern. Das NATO-Gipfeltreffen in Brüssel und die anschließenden Besuche von US-Präsident Bush und des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow sind insgesamt Ausdruck eines neuen politischen Denkens in den Ost-West-Beziehungen. Wir können aber nicht außer acht lassen, daß es noch ernsthafte Besorgnisse über die Entwicklung im Osten gibt. Wir sehen einer vielversprechenden, jedoch nach wie vor ungewissen Zukunft entgegen.

---

## Legitimation der Bundeswehr

---

Abschreckung und gesicherte Verteidigungsfähigkeit werden auch in Zukunft notwendig sein und werden sich auf die bewährte Strategie der flexible response gründen mit einer geeigneten Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte, die auch weiterhin dort auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist.

Die Legitimation der Bundeswehr wird häufig irrtümlich mit der Wahrnehmung



von Bedrohung und dem sich daraus bildenden Bedrohungsbewußtsein in eine unmittelbare Beziehung gebracht. Erfolgt dies, so liegt die Folgerung nahe, daß mit schwindender Bedrohung auch die Berechtigung von Streitkräften abnimmt. Ohne „Feindbild“ — so behaupten manche — fehle der Bundeswehr ihre Existenzgrundlage. Doch diese Betrachtungsweise geht völlig an unserer verfassungsmäßigen Ordnung, an der Idee einer wehrhaften Demokratie vorbei.

Unser Grundgesetz stellt die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen in den Mittelpunkt allen staatlichen Wirkens. Es erklärt die unveräußerlichen Menschenrechte zur Grundlage unserer staatlichen Gemeinschaft, zur Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden und zum Maßstab für die Beziehungen zu anderen Völkern. Diesem Verfassungsgebot folgend, stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf.

Das Grundgesetz will im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen eine wehrhafte Demokratie, einen Staat, der die Menschenwürde seiner Bürger nach innen und außen auch tatsächlich schützen kann und den Frieden in Freiheit sichert. Unsere Verteidigungsanstrengungen sind daher nicht auf ein „Feindbild“ ausgerichtet, sondern von unserem Menschenbild bestimmt, das wir uns weder durch Gewalt, Einschüchterung oder Erpressung nehmen lassen wollen.

In diesem Sinne trägt der Staat die Verantwortung für die Sicherheit seiner Bürger und hat die erforderlichen Machtmittel bereitzuhalten, uns Frieden und Freiheit innerhalb der eigenen Grenzen, aber auch im Verhältnis zu anderen Staaten zu sichern. Darauf haben die Bürger Anspruch. Dieser Anspruch kann aber nur realisiert werden, wenn die Bürger das gemeinsame Staatswesen und die gemeinsame Gesellschafts- und Lebens-

ordnung mitverantworten und mitgestalten.

Jene, die der Bundeswehr eine Legitimationskrise andichten, beweisen im Grunde, daß sie den Verfassungsauftrag nicht richtig erfaßt haben. An der Legitimation unserer Bundeswehr hat sich seit ihrem Bestehen nichts geändert und wird sich auch in Zukunft solange nichts ändern, wie wir zu unserem Grundgesetz stehen.

Das Problem der Bundeswehr ist nicht die Zustimmung durch den Bürger, sondern die Anerkennung der mit den Streitkräften verbundenen Pflichten für jeden einzelnen Bürger. Wenn wir aber als kritischen Punkt die Bereitschaft zur Übernahme von Pflichten in einer Demokratie betrachten, so handelt es sich nicht um ein bundeswehrspezifisches Problem; die Bundeswehr ist allerdings besonders davon betroffen. Das mangelnde Bewußtsein, daß in einem Rechtsstaat neben Rechten auch Pflichten stehen müssen, und eine abnehmende Leistungsbereitschaft für unseren Staat sind generelle Probleme in unserer Gesellschaft.

Wir müssen uns wieder bewußt werden, daß sich Frieden in Freiheit nicht von selbst erhält, sondern daß erst die Bereitschaft, Pflichten zu übernehmen, und die Bereitschaft, Verantwortung für die Freiheit des Nächsten zu tragen, den Frieden sichern.

---

## **Erhöhte Attraktivität des soldatischen Dienstes**

---

Mit der Haushaltsplanung habe ich Weichen gestellt, die sich auf die Entwicklung der Lage der Bundeswehr und hier insbesondere auf die soziale Lage der Soldaten auswirken werden.

Erhebliche Mittel werden künftig in die Soldaten investiert. Dies geschieht zum

**einen**, weil unvermeidliche, berufstypische Belastungen der Soldaten auszugleichen oder abzumildern sind. Zum **anderen** darf der Beruf des Soldaten seine Attraktivität nicht einbüßen. Die Gesetze des Marktes zwingen zu Maßnahmen, um Nachwuchs trotz abnehmenden Personalaufkommens zu gewährleisten. Zum **Dritten** ist der Faktor Motivation nicht zu unterschätzen. Nur dann, wenn jeder einzelne Soldat der Überzeugung sein kann, sein Dienstherr sehe seine Probleme und würdige seinen Einsatz, wird er engagiert sein und mehr als nur Durchschnittliches leisten.

Die Bundesregierung hat seit 1983 eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung des militärischen Dienstes und der Lage der Soldaten realisiert. Einige wenige davon möchte ich herausgreifen.

■ Der Anteil der Längerdienenden würde kontinuierlich erhöht, so daß wir heute über 14.000 Unteroffiziere mehr haben als vor sechs Jahren. Dies war ein ganz wesentlicher Schritt, um die Führerdichte in den Einheiten zu verbessern.

■ Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur wurde die Überalterung in einsatzwichtigen Funktionen abgebaut und der Verwendungsstau verringert.

■ In diesem Jahr wurde das sogenannte 450-Millionen-DM-Paket für die Grundwehrdienstleistenden eingebracht, das eine strukturelle Wehrsolderhöhung enthält, doppeltes Verpflegungsgeld an dienstfreien Tagen und vor allem eine deutliche Erhöhung des Entlassungsgeldes.

Ich habe in den Haushaltsentwurf 1990 der Bundesregierung ein Attraktivitätsprogramm eingebracht, das in den nächsten Jahren fortgesetzt und ergänzt werden soll. Hierbei geht es unter anderem um Maßnahmen zur Verbesserung der Laufbahnchancen der Berufs- und Zeit-

soldaten, um weitere Anreize für die Langzeitverpflichtung und um eine wesentliche Verbesserung der Dienstzeitversorgung und der zivilberuflich nutzbaren Ausbildung. Weitere Programmpunkte sind die Verbesserung der Familienheimfahrten für Wehrpflichtige, Verbesserungen im Unterhaltssicherungs-gesetz und im Umzugskostenrecht, die Gleichstellung der Wehrübenden, die Einführung eines Leistungszuschlags für Reservisten und nicht zuletzt die Verbesserung der Infrastruktur der Kasernen.

---

## Umfassendes Programm für die Soldaten

---

Wir haben die Absicht, die Dienstzeitversorgung der Zeitsoldaten durch Erhöhung der Übergangsbeihilfe noch weiter zu verbessern und vor allem für diejenigen Soldaten mehr zu tun, die mit der militärfachlichen Ausbildung nicht zugleich einen zivilberuflich anerkannten Abschluß auf Gesellenebene erwerben können. Wir bezeichnen diese Soldaten als die „Kämpfer“ und streben für sie eine Verlängerung ihrer Berufsförderungsansprüche an.

Für die Grundwehrdienstleistenden wollen wir die außerdienstlichen berufsfördernden Maßnahmen erweitern und prüfen, wie die in der militärischen Ausbildung vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten vermehrt zivilberuflich, zum Beispiel als Praktikum oder Teilpraktikum, nutzbar gemacht werden können. Dies sind nur einige Beispiele aus dem umfassenden Programm, das die soziale Lage aller Soldaten erfaßt. Es ist auf die Attraktivität des Dienstes als Soldat ausgerichtet, es soll dazu beitragen, daß die Streitkräfte über genügend Personal verfügen, um ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. ■

Ottfried Hennig:

## Wir müssen jetzt die Stärke der Freiheit unter Beweis stellen

**In diesen Wochen kehren Tausende von Menschen der DDR den Rücken. Sie verlassen ihre Heimat, weil die DDR-Führung sie ihnen systematisch zur Fremde gemacht hat. Sie lassen dabei ihre Freunde zurück, manche sogar ihre Familien. Sie wollen nur noch eines: Weg aus der DDR. Ihr Ziel ist die Freiheit. Dafür nehmen sie in Kauf, noch einmal von vorn anfangen zu müssen.**

Die CDU fordert die SED-Führung auf, ihren bisherigen Kurs zu überprüfen und sich an die Vereinbarungen zu halten, die sie mit der Unterzeichnung der Internationalen Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen vom Dezember 1966, der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 und der 3. KSZE-Folgekonferenz in Wien am 15. Januar 1989 eingegangen ist.

Die DDR-Führung muß zur Kenntnis nehmen, daß alle ihre Bemühungen, eine eigene „DDR-Identität“ zu entwickeln, gescheitert sind. Die SED weiß, daß es nur eine deutsche Nation gibt und geben wird, und versucht deshalb, eine Eigenstaatlichkeit der DDR aus der Existenz des „Sozialismus“ abzuleiten. So räumt der SED-Chefideologe Reinhold unumwunden ein, eine „kapitalistisch-parlamentarisch verfaßte DDR verliert ihr Existenzrecht“. Weil sie das Scheitern ihres Systems fürchtet, mißachtet die DDR-Führung die Reformentwicklungen in Osteuropa und hält an ihrer reaktionären Politik fest.

Wer jedoch glaubt, undemokratische Strukturen erhalten zu können, gegen die

sich in der Bevölkerung unüberhörbarer Widerstand regt, wer glaubt, den Ruf nach Freiheit und die Reformen in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn übergehen zu können, zeigt Schwäche statt Mut zur Veränderung. Die DDR-Führung muß erkennen: Die Pflicht zur Für-

„Jetzt kommt es darauf an, daß die Freiheit ihre Stärke dadurch unter Beweis stellt, daß Bürger, gesellschaftliche Gruppen und der Staat alles tun, um den Flüchtlingen, Übersiedlern und Aussiedlern die Eingliederung in unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu erleichtern.“

sorge für die Bevölkerung hat Vorrang vor Machterhaltungsinteressen.

Während die flüchtenden Landsleute aus der DDR aller Welt deutlich machen, daß die deutsche Frage sehr wohl auf der Tagesordnung der Politik steht, plädieren Politiker der SPD und der Berliner Alternativen Liste (AL) erneut für die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft, durch die unsere Landsleute zu Ausländern erklärt würden.

Nur die DDR-Führung ist in der Lage, die Menschen zum Bleiben zu bewegen — durch mehr Freiheit und Freizügigkeit.

Nur umfassende und sofort eingeleitete Reformen können jetzt noch helfen. Dazu müßte die DDR-Führung endlich mit einer Politik der Umgestaltung beginnen, die den Menschen mehr Freiheit gibt. Wir wollen Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen über einen raschen und friedlichen Wandel in der DDR.

Um diesen Prozeß zu fördern, wird die CDU an ihrer Politik des Dialogs mit den Verantwortlichen genauso festhalten wie am Dialog mit den Menschen, mit den

## Christliche Nächstenliebe jetzt auch praktizieren

Kirchen, mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Im Gegensatz zur CDU hat die SPD Reformbewegungen in Osteuropa jahrelang nicht beachtet. Zugunsten privilegierter Parteienkontakte zu den Kommunisten hat sie die Freiheitsbewegung in Osteuropa praktisch ignoriert. Die CDU fordert den SPD-Vorsitzenden Vogel auf, für Klarheit zu sorgen und diese falsche Politik öffentlich zu korrigieren. Den Beweis dazu kann die SPD antreten, wenn sie ihre institutionalisierten Kontakte zur SED überprüft und das gemeinsame „Ideologiepapier“ zu den Akten legt.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Freiheit ihre Stärke dadurch unter Beweis stellt, daß Bürger, gesellschaftliche Gruppen und der Staat alles tun, um den Flüchtlingen, Übersiedlern und Aussiedlern die Eingliederung in unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu erleichtern.

Wir alle müssen christliche Nächstenliebe nicht nur propagieren, sondern praktizieren. Die CDU ruft deshalb alle Parteifreunde auf, unseren Landsleuten bei der Eingliederung in jeder Weise behilflich

zu sein. Zudem sind alle Mandatsträger dazu aufgerufen, sich für Sofortmaßnahmen auf örtlicher Ebene einzusetzen. Wir appellieren an die Bevölkerung, Patenschaften (z. B. durch Vereine) für unsere neuen Mitbürger zu übernehmen, Kleider- und Sachspenden zu organisieren, Wohnungs- und Arbeitsplatzbörsen zu veranstalten. Die Hilfsmöglichkeiten sind vielfältig und tragen alle dazu bei, menschliche Nähe zu erfahren, neue Freunde zu finden, sich willkommen zu fühlen. Bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche muß die Unterstützung des Staates und der Wirtschaft schnell und unbürokratisch erfolgen.

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland dürfen ihre mitmenschliche Verantwortung nicht durch Gleichgültigkeit und Wohlstandsegoismus verdrängen. Die Anziehungskraft unserer freiheitlichen Ordnung wird daran gemessen werden, mit welchem Maß an Mitmenschlichkeit wir unsere Landsleute aus der DDR aufnehmen.

## Junge Aussiedler stopfen Rentenloch

Der Zustrom von überwiegend jungen Aussiedlern trägt dazu bei, das Rentenloch zu stopfen. Darauf hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hingewiesen. Ferner dürfte er den für die Jahrtausendwende erwarteten Mangel an Arbeitskräften mildern, betonen die Statistiker unter Hinweis auf die Altersstruktur der Neuankömmlinge.

Danach sind 32 Prozent der 1988 zugezogenen 203.000 Aussiedler jünger als 18 Jahre. Bei der bundesdeutschen Bevölkerung betrage dieser Anteil 18 Prozent. Umgekehrt seien nur sieben Prozent der Aussiedler älter als 60 Jahre, bei der bundesdeutschen Bevölkerung zählten 22 Prozent zu dieser Altersgruppe.

# SPD erteilt reformwilligen DDR-Einwohnern eine kalte Abfuhr

**Die abweisende Reaktion führender Sozialdemokraten auf die Überlegungen reformwilliger DDR-Einwohner zur Neugründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR läßt einen tiefen Blick auf die politisch-moralische Befindlichkeit der SPD und damit ihre elementare Glaubwürdigkeit zu.**

Offenbar aus Angst vor dem Verlust ihrer Vorzugsbeziehungen zur kommunistischen SED stößt sie wirkliche Freunde — und zugleich unersetzbare Reformkräfte — in der DDR vor den Kopf, indem sie vor einer Wiederbelebung der SPD in Ost-Berlin und der DDR eindringlich warnt.

Wieviel Mut gehört zwischen Elbe und Oder dazu, sich öffentlich zur Notwendigkeit des Aufbaus demokratischer Parteien zu bekennen, dabei die Prinzipien von parlamentarischer Demokratie, Parteienpluralität, sozialer Marktwirtschaft, Mitbestimmung, Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie Pressefreiheit zu betonen und das ganze als sozialdemokratische Partei zu benennen.

Daß die hiesige SPD nach Lage der Dinge heute weder direkte logistische noch organisatorische Hilfe leisten kann, liegt auf der Hand. Aber die völlig verweigerte Solidarität, ja die kalte Abfuhr durch hiesige SPD-Genossen können diejenigen, die sich in der DDR mit außergewöhnlichem persönlichen Mut und einem Höchstmaß an demokratischer Verantwortungsbereitschaft für die genannten Prinzipien einsetzen, nur als Verrat empfinden.

Eduard Lintner, deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Früher als erwartet, wird die SPD von den Folgen ihrer Anbiederung an die SED eingeholt. Heute ist sie Gefangener dieser Politik. Die SPD ist offenbar nicht willens, sich der realen Entwicklung zu stellen und hieraus Konsequenzen zu ziehen. ■

## Deutsche künftig Asylanten?

**Nach nicht einmal einem halben Jahr seit der Regierungsübernahme durch eine grün-rote Koalition in Berlin gibt die Alternative Liste jegliche Täuschungs- und Tarnmanöver auf und zeigt, wohin der Weg mit ihr als Koalitionspartner im Berliner Senat deutschlandpolitisch gehen wird: Es sollen künftig nicht nur — wie bereits mit der das Asylverfahren neu gestaltenden Weisung vom 20. Juni 1989 geschehen — Asylanten gegen Aussiedler ausgespielt werden, sondern Deutsche aus der DDR sollen künftig wie Asylanten aus Nicht-EG-Staaten behandelt werden.**

Damit hat die AL zum einen politisch die Weichen für die von der DDR vertretene Drei-Staaten-Theorie endgültig gestellt. Zum anderen, und das zeigt die menschenverachtende und zynische Denkwegsweise extremistischer Intellektueller in der Alternativen Liste Berlin besonders deutlich, sollen die Aussiedler als Zahlengröße verschachert und abgeschoben werden.

*(Fortsetzung auf der nächsten Seite)*

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Offensichtlich haben findige Köpfe im Senat endlich den Weg gefunden, wie sie den für Berlin günstigen Schlüssel bezüglich der Asylanten auch auf zu uns gekommene Landsleute aus dem anderen Teil Deutschlands anwenden können, um so ihren Traum von der multikulturellen Berliner Gesellschaft doch noch zu verwirklichen. Der unglücklichste Umstand bei der verheerenden Politik der AL aber

### Die „Alternative Liste“ zeigt ihr wahres Gesicht

ist, daß die inzwischen in weiten Teilen AL-isierte SPD solchen Ansinnen am Kabinetttisch des grün-roten Senats in Berlin nichts mehr entgegenzusetzen hat. Verstrickt in eigene Widersprüchlichkeiten und unter der Führung eines offensichtlich ins extreme Lager abdriftenden Innensenators wird es für die AL ein leichtes Spiel sein, auch hier Widerstände zu brechen. Auf der Strecke bleiben Berlin und die Deutschen in beiden Teilen unseres Landes.

**Joachim Kalisch**, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Deshalb fordere ich den Regierenden Bürgermeister von Berlin auf, sich umgehend von den Äußerungen der AL zu distanzieren und dafür Sorge zu tragen, daß auch die AL innerhalb der Koalition öffentlich davon Abstand nimmt. Nur so kann der bereits entstandene Schaden in Grenzen gehalten werden. Wie sagte doch ein Vertreter der SPD in Berlin: Wir müssen dem Koalitionspartner mehr als bisher klar machen, daß die Fortschritte, die wir alle erreichen wollen, nur mit der Bevölkerungsmehrheit und nicht gegen sie zu erreichen sind. Bei dieser Absichtserklärung wird es wohl bleiben, nach dem bisher Erlebten — bis zu Neuwahlen. ■

## Kein Denkmal für Deserteure

**Die pauschale Glorifizierung der deutschen Deserteure aus dem Zweiten Weltkrieg durch den Frankfurter Oberbürgermeister Hauff entwürdigt das Opfer unserer Gefallenen und ist eine Brüskierung all derjenigen, die in dieser grauenvollen Zeit auf staatlichen Befehl Leib und Leben für ihr Vaterland einsetzen mußten und eingesetzt haben.**

Ihnen den Deserteur, der seine Kameraden im Stich läßt, im nachhinein pauschal als Vorbild der Hochachtung

### Eine Entwürdigung des Opfers unserer Gefallenen

hinzustellen, zeugt von mangelnder moralischer und politischer Differenzierung.

Gewiß, unter den Deserteuren sind Soldaten gewesen, die sich den verheerenden Zwängen eines von Verbrechern geführten Krieges aus Gewissensgründen entziehen wollten. Ihre Haltung verdient Respekt. Fahnenflucht war jedoch nicht immer ein Akt „menschlicher Autonomie“, wie Herr Hauff meint, sondern vielfach Ausdruck menschlicher Schwäche.

**Friedrich-Adolf Jahn:** Dem „unbekannten Deserteur“ sollte deshalb kein Denkmal, auch kein verbales, errichtet werden, wohl aber allen Opfern des Krieges und der Gewalt Herrschaft.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer:

## Attraktive Steuervergünstigung für umweltbewußte Autofahrer

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der steuerlichen Förderung schadstoffarmer Personenkraftwagen gebilligt. Damit wird das von Bundesumweltminister Klaus Töpfer erarbeitete Konzept zur Durchsetzung des schadstoffarmen Autos in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt. Vorrangiges Ziel ist die vollständige Ausrüstung der Otto-Fahrzeuge mit dem geregelten Dreiwege-Katalysator.

Das neue Förderkonzept, das am 1. Januar 1990 in Kraft treten und am 31. Juli 1991 auslaufen soll, sieht wie folgt aus:

### 1. Steuerliche Förderung bei Neuzulassungen

Pkw mit Otto-Motor bis 2 l Hubraum (Mittelklasse- und Kleinwagen), die den strengen US-Normen entsprechen und mit dem geregelten Dreiwege-Katalysator ausgerüstet sind, erhalten eine befristete Steuerbefreiung in Höhe von 1.100 DM. Damit wird die Förderung des geregelten Dreiwege-Katalysators insbesondere für Kleinwagen unter 1,4 l Hubraum deutlich verbessert. Bisher betrug für diese Autos die Steuerersparnis lediglich 375 DM. Die derzeit noch geltende Steuerbefreiung für Autos nach der schwächeren Euronorm entfällt künftig. Für diese Fahrzeuge ist aber weiterhin gegenüber den nicht schadstoffarmen Autos ein niedrigerer Steuersatz zu zahlen (13,20 DM pro 100 ccm statt 21,60).

Bis zum 31. Dezember 1989 ist die noch

geltende Förderung weiter anzuwenden. Bundesumweltminister Töpfer konnte aber erreichen, daß die verbesserte Förderung der bisher benachteiligten Besitzer von Kleinwagen unter 1,4 l Hubraum rückwirkend gilt. Jeder, der bisher schon einen Pkw unter 1,4 l Hubraum mit geregeltem Dreiwege-Katalysator erworben

Bundesumweltminister Klaus Töpfer rechnet insgesamt mit Steuervergünstigungen für Käufer von Fahrzeugen mit geregeltem Dreiwege-Katalysator und für Autobesitzer, die ihr Auto nachrüsten lassen, in Höhe von 820 Millionen DM.

hat (seit Inkrafttreten der geltenden Regelung am 1. Juli 1985) oder noch bis Ende dieses Jahres erwirbt, erhält die höhere Förderung, also eine zusätzliche Steuerbefreiung, bis insgesamt der Betrag von 1.100 DM erreicht ist.

### 2. Förderung der Nachrüstung

Wer ein Altfahrzeug nachrüstet, erhält vom Finanzamt einen sofort auszahlbaren Förderungsbetrag, und zwar in Höhe von 1.100 DM bei Einbau eines geregelten und von 550 DM bei Einbau eines unregulierten Katalysators. In diese Nachrüstkförderung werden auch Fahrzeuge über 2 l Hubraum einbezogen, die

vor dem 1. Oktober 1988, also dem Zeitpunkt, zu dem die Steuerbefreiung für die große Hubraumklasse ausgelaufen ist, zugelassen worden sind.

Bis zum 31. Dezember 1989 ist auch bei der Nachrüstung die derzeit noch geltende Förderung weiter anzuwenden. Bei den Fahrzeugen unter 1,4 l und über 2 l Hubraum sollen aber für Nachrüstungen, die seit dem 27. April 1989, dem Tag der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, durchgeführt worden sind oder noch bis Ende dieses Jahres durchgeführt werden, die Verbesserungen rückwirkend gelten.

Das Verfahren, wie der Autohalter in Genuß der steuerlichen Förderung kommt, ist denkbar einfach. Beim Kauf eines neuen Wagens braucht er gar nicht selbst tätig zu werden, denn die entscheidenden Daten werden von Amts wegen in den Kfz-Schein eingetragen und dem Finanzamt zur Erstellung eines entsprechenden Freistellungsbescheides übermittelt. Bei der Nachrüstung muß der Autohalter lediglich der Straßenverkehrsbehörde die ihm von der Werkstatt übergebenen Bescheinigungen vorlegen und eine entsprechende Eintragung im Kfz-Schein veranlassen. Die Straßenverkehrsbehörde übermittelt dann die Daten von Amts wegen dem Finanzamt, das umge-

hend den Förderungsbetrag an den Halter überweist.

### 3. Statistische Angaben zum schadstoffarmen Auto

Auch die neuesten Zulassungszahlen vom Juli 1989 belegen, daß der Durchbruch zum schadstoffarmen Auto in der Bundesrepublik Deutschland gelungen ist und weiter anhält. Den geregelten Dreiwege-Katalysator haben heute insgesamt etwa 3,3 Millionen Fahrzeuge. Bei den Neuzulassungen beträgt der Anteil schon 67,4 Prozent an den Benzinfahrzeugen, allerdings mit starken Unterschieden in den einzelnen Hubraumklassen:

- Pkw mit über 2 l = 94,2 Prozent
- Pkw von 1,4 bis 2 l = 79,5 Prozent
- Pkw unter 1,4 l = 30,4 Prozent (letzte Vergleichszahl: 19,1 Prozent)

Hier — bei den Kleinwagen — zeigt sich ein drastischer Anstieg des Anteils von Fahrzeugen mit Dreiwege-Katalysator. Bereits jetzt wirkt sich bei den Kleinwagen die bevorstehende finanzielle Förderung deutlich aus. Denn wer sich jetzt schon ein Fahrzeug unter 1,4 l mit geregelter Dreiwege-Katalysator kauft, wird auch in die steuerliche Förderung ab Januar 1991 einbezogen.

## Informationskampagne

**Die Bundesregierung wird noch im Herbst diesen Jahres eine breit angelegte Informationskampagne durchführen, die darauf abzielt,**

- alle Käufer von Neuwagen dafür zu gewinnen, sich für die derzeit beste Abgasreinigungstechnik, d. h. den geregelten Dreiwege-Katalysator, zu entscheiden,
- möglichst viele Fahrzeughalter zu

motivieren, ihre Fahrzeuge mit schadstoffarmer Technik nachzurüsten,

- Käufer von Gebrauchtwagen zu veranlassen, Fahrzeuge mit schadstoffarmer Abgastechnik zu erwerben.

Die Bundesregierung wird für diesen Zweck noch im laufenden Jahr 10 Millionen DM bereitstellen. Die Bürger sollen dabei im wesentlichen durch Anzeigen, Großplakatierung und Rundfunksports zu den Hauptverkehrszeiten angesprochen werden.



# Wird Freizeit zum Umweltrisiko?

**Die Freizeit wird zunehmend zum Mittelpunkt der Lebensorientierung. Freizeit und Erholung erhalten damit eine ganz andere Wertigkeit. Verbunden mit materiellem Wohlstand, großer Mobilität, gesteigertem Gesundheitsbewußtsein und einem neuerwachten Drang in die Natur führt dies zu Entwicklungen, die nicht umweltneutral sind.**

**Kurt-Dieter Grill**, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Umweltpolitik: Freizeit und Erholung als Massenerscheinungen, wie wir sie von Fernsehbildern an Wochenenden oder in der Urlaubszeit kennen, schaffen dem Menschen und seiner Umwelt Probleme. Diese Konflikte umweltgerecht zu regeln, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft.

Während eines Gespräches mit 13 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden wurde deutlich, daß hierbei der Bürger, die Verbände, aber auch der Staat in besonderer Weise gefordert sind.

Neben einer vorausschauenden Landes-, Regional- und Bauleitplanung ist insbesondere erforderlich:

- Die Verringerung von Freizeitverkehr durch wohnumfeldnahe Erholungseinrichtungen; wir brauchen „grüne“ Städte mit zusammenhängenden Grünflächen und Freizeiteinrichtungen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sein müssen. Die „Wochenendflucht“ muß überflüssig werden.

- Schützenswerte Naturbereiche dürfen durch Erholungseinrichtungen nicht beeinträchtigt werden. Damit das sensible Ökosystem Alpen erhalten wird, ist eine internationale Alpenschutzkonvention dringend erforderlich. Der ökologisch wichtige Bergwald muß besonders geschützt werden. Neue Erschließungs-

maßnahmen müssen unterbleiben. Auf- forstungsaktionen müssen durchgeführt werden.

- In dafür geeigneten Gebieten müssen verstärkt Freizeitanlagen geschaffen und gefördert werden, um den Druck der Erholungsuchenden auf bereits überlastete oder besonders empfindliche Landschaftsteile zu verhindern.

- Nur sanfte Erholungsarten wie Wandern, Radfahren oder Schwimmen sollen gefördert werden. Ähnlich wie in Bayern sollen auch die anderen Bundesländer gezielt solche Freizeitanlagen mit Zuschüssen unterstützen, die eine natur- und bewegungsbezogene Erholung ermöglichen. Hierzu zählen neben Wander- und Radwegen, umweltverträglichen Sporteinrichtungen, öffentlich zugänglichen Kleingartenanlagen und Badeseen auch freizeit- und umweltgerechte Freibäder.

## Die Umwelt ist der Ast, auf dem der Tourismus sitzt

- Erscheinungsformen des Massentourismus sind zu einer ersten Bedrohung für die Umwelt geworden. Oft werden die ökologischen Schäden erst beachtet, wenn sie den Ferienspaß beeinträchtigen. Algen vertreiben nicht nur Fische, sondern auch Menschen. Wir brauchen deshalb vermehrt die Einsicht, daß eine intakte Natur ein Kapital ist, das kaum regenerierbar ist. Die Umwelt ist der Ast, auf dem der Tourismus sitzt. Umweltschonender Fremdenverkehr soll deshalb stärker gefördert werden. Zur Förderung des sanften Tourismus gehört auch eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die personelle Infrastruktur, zum Beispiel für die Einrichtung und Betreuung von Informationszentren in Naturparks und Naturschutzgebieten. ■

# Das System der sozialen Sicherung wird weiter ausgebaut

**Der Einzelplan des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung ist der größte Einzelhaushalt, der Einzelplan des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der viertgrößte Einzelhaushalt im Bundeshaushalt.**

Die Politik sozialer Reformen wird fortgesetzt:

- Seit der Regierungsübernahme haben wir das Finanzvolumen für aktive Arbeitsmarktpolitik von 6,9 Milliarden Mark auf 15 Milliarden Mark erhöht.
  - Um einer besonderen Problemgruppe am Arbeitsmarkt, den Langzeitarbeitslosen, zu helfen, hat die Bundesregierung 1,75 Milliarden Mark bereitgestellt.
  - Den Bezug des Arbeitslosengeldes hat die Bundesregierung von zwölf Monaten auf bis zu 32 Monate verlängert.
  - Älteren Arbeitnehmern ermöglichen wir seit Beginn dieses Jahres einen gleichenden Übergang in den Ruhestand.
  - Die Montan-Mitbestimmung haben wir im Jahre 1988 auf Dauer gesetzlich gesichert.
  - Die Erfolge des Gesundheitsreformgesetzes sind heute für jedermann sichtbar. Während es in den letzten Jahren regelmäßige, spürbare Beitragsanhebungen gab, sind die Ausgaben nach Inkrafttreten des Gesundheitsreformgesetzes inzwischen gesunken.
- In den kommenden Jahren werden weitere Verbesserungen wirksam:
- Bei konsequenter Umsetzung des Gesundheitsreformgesetzes durch die Selbstverwaltung ist im Jahre 1990 eine Senkung des durchschnittlichen Beitragsatzes möglich.

Von 1991 an sollen Angehörige, die sich um die Pflegebedürftigen kümmern, monatlich bis zu 25 Stunden Pflegehilfe durch ambulante Dienste erhalten. Damit soll ermöglicht werden, daß der Pflegebedürftige in seiner gewohnten Umgebung bleiben kann.

- Für Geburten ab 1992 werden nach dem Entwurf des Rentenreformgesetzes zusätzlich zwei weitere Jahre als Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet sowie Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und Pflege eingeführt. Damit wird die soziale Sicherung der Frau weiter ausgebaut.
- Zur strukturellen Verbesserung der Leistungen in der Kriegsopferversorgung werden von 1990 an 170 Millionen Mark im Bundeshaushalt jährlich bereitgestellt. Vorgesehen ist eine Pflegezulage, eine

*Die Akzeptanz von Ehe und Familie ist für die Union nach wie vor die Voraussetzung für eine intakte Gesellschaft. Um der großen Bedeutung von Ehe und Familie gerecht zu werden, stellt das Familienministerium Mittel für die Schaffung eines kinderfreundlicheren Klimas in unserer Gesellschaft sowie für dementsprechende Forschungs- und Modellvorhaben und ihre Koordination zur Verfügung. Für das Jahr 1990 sind hier 19 Mio. DM vorgesehen; das sind vier Mio. DM mehr als im letzten Haushalt.*

**Paul Hoffacker,  
familienpolitischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Erhöhung der Elternrente, eine gestaffelte Erhöhung der Alterszulage für Schwerbehinderte sowie eine Neuordnung des Berufsschadens- und Schadensausgleichs. Damit wird die wirtschaftliche Stellung der Witwen der Kriegsgeneration, insbesondere der einkommenschwächsten Witwen, nachhaltig verbessert.

Hinzukommen an familienpolitischen Leistungsverbesserungen:

- Eine weitere Verlängerung des Erziehungsgeldes auf 18 Monate gibt es ab 1. Juli 1990.
- Das Kindergeld für das zweite Kind wird ab 1. Juli 1990 von 100 Mark auf 130 Mark monatlich erhöht.
- Der steuerliche Kinderfreibetrag wird um weitere 600 Mark auf 3.024 Mark im Jahre 1990 angehoben.
- Der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende wird ab 1990 auf 5.616 Mark angehoben.
- Der Höchstbetrag für den Abzug von Unterhaltsaufwendungen für bedürftige Angehörige wird ab 1990 auf bis zu 5.400 Mark erhöht.
- Zur wirksamen Förderung der Bildung von Wohnungseigentum bei Familien wird das Baukindergeld ab 1990 von 600 Mark auf 750 Mark erhöht.

Die Bundesregierung hat der Familie den ihr gebührenden Rang zuerkannt. Sie trägt mit ihrer Politik dazu bei, die Familie zu schützen, sie zu unterstützen und ihr einen Teil der finanziellen Belastungen abzunehmen.

**Otto Zink**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir haben eine florierende Wirtschaft, gesunde öffentliche Finanzen, und die Beschäftigung steigt weiter an. Das System der sozialen Sicherung wird ausgebaut. Die Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen. ■

## Arbeitsvermittlung effektiver machen

**Die Ergänzung der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter durch die Tätigkeit privater Arbeitsvermittler hält der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Hansjürgen Doss, für sinnvoll und erfolgversprechend.**

Die brüske Zurückweisung dieses Vorschlags durch Arbeitsamt und Gewerkschaften, versperre die Suche nach Hilfsmöglichkeiten, um die immer noch fast zwei Millionen Arbeitslosen wieder in eine Erwerbstätigkeit zu bringen. Angesichts der Arbeitslosen und des immer gravierender werdenden Arbeitskräftemangels sei vielmehr die Wirksamkeit aller auf den Arbeitsmarkt wirkenden Kräfte kritisch zu überprüfen.

Da das Arbeitsamt an 75 bis 80 Prozent aller Vermittlungen gar nicht beteiligt sei, müsse das Vermittlungsmonopol als faktisch außer Kraft angesehen werden. ■

## Festbeträge entlasten sozial Schwache

Mit der Einführung des Festbetragssystems purzeln die Arzneimittelpreise. Über 1.300 besonders häufig verordnete Medikamente gibt es seit dem 1. September 1989 zum Teil erheblich billiger. Und: Für diese Arzneimittel entfällt die Rezeptblattgebühr von drei Mark.

Dieser erste Schritt bringt schon eine wesentliche Entlastung für chronisch Kranke, für alte Menschen, die besonders häufig Arzneimittel benötigen, für sozial Schwache, für Familien mit Kindern. Und für die Arbeitnehmer und Beitragszahler, denn geringere Arzneimittelkosten entlasten die Krankenkassen und halten die Beiträge stabil. ■

Am 23. September 1989 in Bonn:

# Bürgertag mit Bürgerfest

Das 40jährige Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland findet breite Resonanz — bei den Medien wie auch bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Während aber der überwiegende Teil der Veranstaltungen in Kongressen, Ausstellungen und Seminaren Bilanz über die Entwicklung unseres Landes zieht und die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen aufgreift, soll der 23. September Anlaß sein, auch einmal unbeschwert und fröhlich dieses Jubiläum zu feiern.

Horst Waffenschmidt, Koordinator für das Programm „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“: Die Bürgerinnen und Bürger sind zu dem „Bürgertag mit Bürgerfest“ in Bonn herzlich willkommen.

Die Deutsche Bundesbahn wird hierzu bundesweit 14 Sonderzüge einsetzen, die — von Hamburg bis München — stern-

förmig zu Preisen wie vor 40 Jahren nach Bonn fahren. Viele Busunternehmen bieten ebenfalls Sonderfahrten an.

Am Vormittag können die Besucher bei einem Tag der offenen Tür im Regierungsviertel die Repräsentanten unseres Staates unmittelbar begrüßen. Geöffnet sind

- Villa Hammerschmidt
- Bundeskanzleramt
- Deutscher Bundestag
- Bundesrat
- Auswärtiges Amt.

Ab dem Mittag beginnt das Bundesfest in der Rheinaue. Den Besuchern wird in dem Bonner Freizeitpark ein Non-stop-Programm bis Mitternacht geboten.

Bund, Länder und Kommunen sowie viele gesellschaftliche Gruppen und Verbände haben ein abwechslungsreiches Programm vorbereitet mit viel Information, Spaß und Unterhaltung. Auch das Kulinarische wird nicht vergessen bei „Essen und Trinken aus deutschen Landen“: Eine deutsche Bierstraße, ein deutsches Weindorf sowie gastronomische Spezialitäten und Getränke aus allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland erwarten ihre Gäste zu echten „Alltagspreisen“.

Mit 120 Großbildtafeln zu herausragenden Ereignissen der vier Jahrzehnte werden die Besucher zu einem „Spaziergang durch die Geschichte“ der Bundesrepublik Deutschland eingeladen. 11 Aktionsbereiche vermitteln Schwerpunkte der vergangenen 40 Jahre, von der Nachkriegszeit über Sport, Frieden und Aussöhnung bis zum Umweltschutz und der Hilfe für die Dritte Welt.

## Die CDU stellt sich vor

Die Parteizentrale der CDU wird wie die der anderen Parteien am 23. September vormittags geöffnet sein. An diesem Tag der „offenen Tür“ werden Besuchern des Konrad-Adenauer-Hauses bekannte Politiker für Gespräche zur Verfügung stehen.

Mit Spitzenpolitikern ist auch in den Zelten des „Parteienbereichs“ in der Rheinaue zu rechnen, wo die CDU-Bundesgeschäftsstelle neben einem wechselnden Unterhaltungsangebot eine Plakatausstellung vorbereitet hat.

Alfred Dregger:

## Unsere Stärke ist die Einheit

**Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion trat die Fraktion zu einer Gedenksitzung zusammen. Dazu schreibt der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger:**

Vor 40 Jahren, am 1. September 1949, trat die gemeinsame Bundestagsfraktion aus CDU und CSU zu ihrer konstituierenden Sitzung nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag, die am 14. August 1949 stattgefunden hatte, zusammen.

Eine Fraktionsgemeinschaft hatten die CDU und ihre bayerische Schwesterpartei, die CSU, schon 1948/49 im Frankfurter Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat gebildet. Die gemeinsame Bundestagsfraktion sollte — wie Konrad Adenauer damals sagte — ein „die Einheit verkörperndes Organ“ sein: die Einheit zwischen zwei selbständigen, aber den gleichen politischen Zielen verpflichteten Parteien.

Die gemeinsame Bundestagsfraktion aus CDU und CSU wurde zu einem Zeitpunkt ins Leben gerufen, als es die Bundespartei CDU noch gar nicht gab; der Gründungsparteitag der CDU Deutschlands fand erst ein gutes Jahr später, im Oktober 1950, in Goslar statt. Das zeigt, wie sehr die Idee der Einheit der Union von Anfang an — wie selbstverständlich — Denken und Handeln derer prägte, die damals die bestimmenden Kräfte in den beiden Schwesterparteien waren.

Die Geschichte hat ihnen recht gegeben. Die vier Jahrzehnte, die seit der Gründung der gemeinsamen Bundestagsfraktion vergangen sind, führen uns eindringlich vor Augen, was die Stärke der Union ausmacht: Es ist ihre Einheit. Sie kommt in der Institution „Fraktionsgemeinschaft“, der organisatorischen Klammer zwischen CDU und CSU, überzeugend zum Ausdruck.

Höhepunkt des Bundesfestes ist die Abendveranstaltung ab 20.15 Uhr. Mit prominenten Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur wird Thomas Gottschalk über die vergangenen 40 Jahre sprechen. Er moderiert auch das Musikprogramm mit

- Schöneberger Sängerknaben
- Spider Murphy Gang
- Roland Kaiser
- Fischer-Chören.

Mit einem großen Jubiläums-Feuerwerk endet die Abendveranstaltung.

## Personalie

Am 1. September ist **Heinz Neumann** (34) in die Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingetreten. Er ist Nachfolger von Dieter Lukowski, der in die gewerbliche Wirtschaft wechselte. Neumann kam 1984 in den Mitarbeiterstab der Fraktion. Er war seither in der Dokumentation tätig, wo er u. a. die „Stichworte dieser Woche“ (Informationsdienst der Fraktion) mitgestaltete.

## Kommunalkongreß der KPV in Köln

# Für eine bürgernahe Politik vor Ort

„Europa muß aus dem Herzen der Bürger heraus gebaut werden. Dazu können Städte, Gemeinden und Kreise mit ihren kulturellen, sozialen, sportlichen und weiteren gesellschaftlichen Aktivitäten einen herausragenden Beitrag leisten.“ Unter diesem Leitsatz stand die Rede, mit der Horst Waffenschmidt, bisheriger und neu gewählter Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 2. September den Kommunalkongreß der KPV in Köln eröffnete.

Waffenschmidt betonte weiter in seiner Eröffnungsrede, daß der Kongreß im wesentlichen auch dazu beitragen solle, alle Kommunalpolitiker der Union argumentativ auszurüsten, damit CDU und CSU bei den anstehenden Wahlen erfolgreich abschneiden würden.

Höhepunkt des Kongresses war die in den Schlußtag integrierte Auftaktveranstaltung zum Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen mit den Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Landesvorsitzenden, Arbeitsminister Norbert Blüm.

Helmut Kohl nutzte seinen Auftritt zu einer Standortbestimmung der CDU. Er sprach vor mehr als 1.500 Zuhörern von den tief im Christentum verankerten Wurzeln der CDU, erklärte die Konzeptionen gegenwärtiger Regierungspolitik und skizzierte die wichtigen Aufgaben der Zukunft, wobei er der Zukunftssicherung für die Bundesrepublik Deutschland die größte Bedeutung beimißt.

Der KPV bescheinigte der Kanzler, einen wesentlichen Beitrag zu der politischen

Ordnung der Bundesrepublik Deutschland geleistet zu haben. So komme der Kommunalpolitik gerade in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft und einer überall in Bewegung geratenen Welt immer mehr Bedeutung zu.

„Je größer die politischen Einheiten werden, desto wichtiger ist es, daß die Politik vor Ort betrieben wird. Wir wollen eine Politik aus den Erfahrungen des Lebens.“ Dies betonte Bundesminister Norbert Blüm, Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen CDU, in seiner Rede vor den Delegierten und Gästen. Daß es den Bürgern der Bundesrepublik noch nie so

## Wir brauchen mehr Lautsprecher als Leisetreter

gut gegangen sei wie momentan, daß es der CDU gelungen sei, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, müsse den Bürgern Nordrhein-Westfalens während des Kommunalwahlkampfes bewußt gemacht werden. Deshalb forderte Blüm „mehr Lautsprecher als Leisetreter“. In Nordrhein-Westfalen bestehende Probleme seien zwar nicht zu leugnen, würden jedoch im Verantwortungsbereich der SPD-Landesregierung liegen. In seiner Rede attackierte Blüm besonders die total verfehlte Familien-, Sozial-, Bildungs- und Verkehrspolitik der SPD in Nordrhein-Westfalen und stellte die Alternativkonzepte der Union an Rhein und Ruhr vor. Besonders den Lehrermangel, die 100.000 im Land fehlenden Kindergartenplätze und die innere Sicherheit wolle die CDU zu Wahlkampfthemen machen.

Als besonders aktuelle Herausforderun-

## Helmut Kohl appelliert: Helfen Sie den Studenten bei der Zimmersuche

Zimmer für Studenten sind rar. Hilfe ist dringend nötig. Bundeskanzler Helmut Kohl appelliert deshalb in einem Aufruf, den Studentinnen und Studenten zu helfen. Der Aufruf lautet:

### Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

*In wenigen Wochen beginnt an unseren Hochschulen das Wintersemester 1989/90. Zur Zeit sind deshalb viele Studentinnen und Studenten auf Zimmersuche. Auch in Ihrer Heimatstadt.*

*Unsere Studenten tragen mit ihrer Leistungsbereitschaft zur guten Zukunft unseres Landes bei. Sie verdienen unsere Sympathie und Hilfe und dürfen nicht ins Abseits geraten. Das liegt mir auch persönlich am Herzen. Ich wende mich deshalb direkt an Sie: Bitte helfen Sie den Studentinnen und Studenten bei der Suche nach einem Zimmer, und stellen Sie — wenn möglich — auch selbst Wohnraum zur Verfügung.*

**Ich danke Ihnen.**

**Helmut Kohl  
Bundeskanzler**

gen an die Verantwortung der Kommunalpolitiker von CDU und CSU bezeichnete Horst Waffenschmidt die Förderung des Wohnungsbaus sowie die Unterstützung und gesellschaftliche Integration von deutschen Aus- und Übersiedlern, ferner den Einsatz für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, den engagierten politischen Kampf für das gegliederte Schulwesen, das Eintreten für den Umweltschutz und den wichtigen Bereich der Kommunalfinanzen.

Die Wahlen wurden für Horst Waffenschmidt zum eindrucksvollen Vertrauensbeweis: Die Bundesvertreterversammlung wählte den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium mit 167 von 180 abgegebenen Stimmen erneut zu ihrem Bundesvorsitzenden. Neu im stellvertretenden fünfköpfigen Bundesvorstand sind Jochen Konrad Fromme und Ilse Baseler aus Hamburg als erste Frau in der engsten KPV-Spitze. Zu weiteren stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden Peter Daners (Nord-

rhein-Westfalen), Ernst Gerhardt (Hessen) und Albert Nell (Rheinland-Pfalz) gewählt. Neuer Bundesschatzmeister der KPV ist Dr. Joachim Grünewald, MdB. Er löst Josef Schefer ab, der nicht mehr kandidierte. Als weitere Mitglieder des Bundesvorstandes wurden gewählt: Arnulf Kriedner (Berlin), Robert Wagner (Saarland), Hildegard Matthäus (Nordrhein-Westfalen), Helmut Pflugradt (Bremen), Karl Korz (Baden-Württemberg), Erwin Gomeringer (Baden-Württemberg), Klaus Röthlingshöfer (Bayern), Ingrid Siebeke (Nordrhein-Westfalen), Theodor Elting (Nordrhein-Westfalen), Friedrich W. Wehrmeyer (Niedersachsen), Wolfgang Vogelsong (Bayern), Hermann Hendricks (Rheinland-Pfalz), Ingrid Behrendt (Niedersachsen), Gert Willner (Schleswig-Holstein), Irene Kemper (Nordrhein-Westfalen), Christian Wagner (Hessen), Dietrich Austermann (Schleswig-Holstein), Manfred Seefeldt (Rheinland-Pfalz) und Udo Müller (Hessen). ■

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# Für Deutschland Starke Mitte – gute Zukunft



„Für Deutschland: Starke Mitte — gute Zukunft“ — dieser Wahlspruch steht auf der Stirnwand der Stadthalle in Bremen, wo vom 10. bis zum 13. September 1989 der 37. Bundesparteitag der CDU stattfindet. Der UiD wird in den nächsten Ausgaben ausführlich über die Reden, Diskussionen, Anträge, Beschlüsse und vor allem über das Ergebnis der mit Spannung erwarteten Wahlen auf diesem Parteitag berichten.

# UiD

27/89

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.